

Skrupellose PDS-Politikerin

Manche Dinge ändern sich nie. Wer gehofft hatte, dass nach dem sang- und klanglosen Abgang von Ex-Kultursekretär Flierl die Geschichtsklitterung in den Reihen des rot-roten Senats ein Ende findet, sah sich in den letzten Wochen bitter enttäuscht. Denn die Unverbesserlichen und Ewiggestrigen geben in der PDS nach wie vor den Ton an.

Allen voran die PDS-Politikerin Nehring-Venus, die sich wenige Tage vor ihrer Ernennung zur Wirtschaftsstaatssekretärin mit unsäglichen Äußerungen für dieses Amt völlig disqualifizierte. Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Prenzlauer, Ecke Fröbelstraße“ hatte Nehring-Venus keine Skrupel gezeigt, SED-Diktatur und stalinistische Deutschlandpolitik zu relativieren. Es bleibt also dabei: In bestimmten PDS-Kreisen wird nach wie vor verklärt, be-



Henkel redet Klartext

schönigt und verharmlost.

Trotz des öffentlichen Aufschreis – auch innerhalb der SPD – haben weder Wirtschaftssenator Wolf noch der Regierende Bürgermeister Wowereit Bedarf gesehen, die Personalie Nehring-Venus zu stoppen. Dabei hätte es doch gerade Wowereit und die gesamte Berliner Sozialdemokratie treffen müssen, wenn die Zwangsvereinigung von KPD und SPD verharmlost und relativiert wird. Statt zu handeln, ließen sich die Sozialdemokraten vom kleineren Koalitionspartner wieder einmal auf der Nase herumtanzen. Doch die Oppositionsfaktionen im Berliner Abgeordnetenhaus werden die fragwürdige Geschichtsauslegung einzelner PDS-Mitglieder nicht unwidersprochen hinnehmen und haben daher einen gemeinsamen Entschließungsantrag zur Missbilligung von Nehring-Venus ins Plenum eingebracht.

Gefahrenraum Deutschland

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble warnt vor der Illusion, dass das 21. Jahrhundert friedlicher sein werde als seine Vorläufer. Die immer engere Vernetzung, aber auch die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Wohlstand führten zu mehr Unsicherheit, sagte der CDU-Politiker in einer Grundsatzrede zur gesamtstaatlichen Sicherheit in Berlin. Als Teil des weltweiten Gefahrenraumes sei Deutschland bei der internationalen Terrorbekämpfung stärker als bisher gefordert.

Nachdrücklich erteilte Schäuble unilateralen Ansätzen zur Gefahrenabwehr eine Absage und plädierte stattdessen für multilaterale Entscheidungen. An ihrer Umsetzung müsse sich ein starkes, handlungsfähiges Europa sowohl in der transatlantischen Gemeinschaft als auch im Rahmen der Vereinten Nationen beteiligen. „Wir können die terroristische Bedrohung und ihre Ursachen nicht nur im Inland bekämpfen“, mahnte er. Wer sich multilateral entscheiden, müsse sich konse-

quenterweise auch an UN-Missionen beteiligen.

Um auf die terroristische Bedrohung mit und ohne islamistischem Hintergrund angemessen reagieren zu können, plädierte Schäuble für Sicherheitsnetze in Gestalt ei-



ner engen internationalen und nationalen vertrauensvollen Kooperation. Denn die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sei „zunehmend obsolet“ geworden. Zwar könne es keine 100-prozentige Sicherheit geben, dennoch müsse das Menschenmöglich-

che an Vorsorgemaßnahmen getroffen werden. Wichtig sei in einem föderal aufgebauten Staat vor allem die Vernetzung der Sicherheitsbehörden über eine Anti-Terror-Datei, betonte Schäuble.

Daneben spiele das Phä-

nomen der Cyber-Kriminalität eine zunehmende Rolle. Allein 2005 seien mehr als 16.000 neue Computer-Viren und Trojaner entdeckt worden. Das entspreche einer Zunahme von 90 Prozent. Auch die Organisierte Kriminalität und Wirtschaftsspionage nutzten das Medium verstärkt. Deshalb werde der Kampf gegen den Missbrauch des Internets ein Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und des G-8-Vorsitzes sein. Des Weiteren sprach sich Schäuble für eine rasche Änderung des Grundgesetzes zum Einsatz der Bundeswehr im Innern aus. Der CDU-Politiker betonte, die Bundesregierung könne sich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz im Falle einer eingekaperten Maschine nicht auf den „übergesetzlichen Notstand“ berufen. Dies sei nur möglich, wenn man ein solches Ereignis vorher nicht bedacht habe. Genau dies habe der Gesetzgeber jedoch getan, sei damit allerdings vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Daher solle man sich den Artikel 87a des Grundgesetzes genau anschauen. Der freiheitlich verfasste Staat müsse am Ende so wehrhaft sein wie jede andere Ordnung. Ein Wegducken vor der Verantwortung dürfe es nicht geben.

Der Jobmotor läuft wieder

Seit einem Jahr regiert die Große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Deutschland steht heute wieder deutlich besser da. Erstmals seit vier Jahren sinkt die Arbeitslosenzahl auf 3,9 Millionen!

Das sind über 1 Million Arbeitslose weniger als noch im Februar 2006! Was genauso wichtig ist: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist um über 315000 gegenüber dem letzten Jahr gestiegen. Nach sieben Jahren Rot-Grün mit Negativrekorden ist das für die Menschen ein Signal der Hoffnung. Die Wirtschaft, das Wachstum und Deutschland sind in Fahrt gekommen. Der Jobmotor läuft!

Üblicherweise steigt die Arbeitslosenzahl im November an. Dass diesmal die Zahl sogar unter die Marke von

vier Millionen sinkt, zeigt: Die Politik der unionsgeführten Regierung beginnt zu greifen. Sie führt zu Wirt-

Deswegen fordert die CDU weitere Maßnahmen am Arbeitsmarkt: Wir brauchen ein Kombilohn-Modell. Dadurch

beitsmarkt ist überreguliert. Die CDU fordert deshalb betriebliche Bündnisse für Arbeit und eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes. Das hat der CDU-Parteitag in Dresden bestätigt. So wollen wir Einstellungs-hemmnisse beseitigen. Für 2006 rechnen Experten mit einem Wachstum von 2,5 Prozent – dem höchsten Wert seit sechs Jahren. Ein sichtbarer Erfolg konsequenter Handelns: Bis 2009 investiert die Regierung 25 Milliarden Euro für mehr Wachstum, wir haben erste, wichtige Reformen auf dem Arbeitsmarkt angepackt und bauen Bürokratie konsequent ab. Der Zeitpunkt für weitere Reformen ist günstig.

erhöhen wir für junge und ältere Langzeitarbeitslose mit niedriger Bildung die Chancen auf einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. Denn sozial ist, was Arbeit schafft! Der Ar-



Deutschland kommt in Fahrt.

Ein Jahr unionsgeführte Bundesregierung.

CDU

Skandal: Was wusste die PDS-Senatorin?

Es gibt mehrere Gründe, warum einem übel werden könnte. Zunächst sind da die 95 Tonnen Gammelfleisch, die in Berlin entdeckt wurden. Nimmt man einmal an, dass etwa 100 Gramm Fleisch in einem Döner oder einer Currywurst stecken, immerhin knapp eine Million potentielle Portionen, für den Imbiss freudigen Berliner.

Genauso anrühlich wie das verdorbene Fleisch selbst scheint aber der Umgang mit den Informationen Seitens der Senatsverwaltung damit zu sein. Bereits am 21. September waren bei Kontrollen die 95 Tonnen verdorbenes Fleisch beschlagnahmt worden, was jedoch erst letzte Woche bekannt wurde. Über 42 Tonnen waren nach Behördenangaben bereits in den Umlauf gekommen. Nach ersten behördeninternen Ermittlungen meldete eine Ver-

tretungskraft den Fund nicht an die Senatorin weiter, heißt es. Das Putenfleisch aus Italien wurde in einem Großmarkt in Moabit sichergestellt. Die damals zuständige Senatorin Heidi Knake-Werner (PDS), die auch dem neuen rot-roten Senat angehört, mache es sich zu einfach, die fehlende Information der Öffentlichkeit, auf eine Vertretungskraft zu schieben, meint der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Mario Czaja. Er könne sich nicht vorstellen, dass die europäischen Behörden und die bezirklichen Lebensmittelämter und die Staatsanwaltschaft informiert gewesen seien, nur die Senatorin nicht.

Wir erinnern uns, Ende September wurden Koalitionsverhandlungen in Berlin geführt. Und sowohl die PDS als auch ihre Senatorin wollten und kamen wieder in den Senat. Zufall, Panne oder

Absicht? Die Vorgänge rund um den Berliner Gammelfleisch-Skandal wird die CDU jetzt parlamentarisch klären. Denn manchmal geht eben nicht nur Liebe, sondern auch Politik durch den Magen.



Essen ist Vertrauenssache. Politik auch. Warum informierte die PDS geführte Senatsverwaltung nicht rechtzeitig die Öffentlichkeit?

Berlin braucht drei Opern

Seit Jahren stellt der rote Senat die Existenz der drei Opern in Frage. Bereits 2002 forderte Wowereit und der inzwischen gescheiterte PDS-Kultursekretär Flierl die Kosten einer Oper in Höhe von 37 Mio. Euro einzusparen. Im



Michael Braun, MdB

Dezember 2003 half der Bund Berlin mit dem Abschluss des so genannten Hauptstadtkulturvertrages aus der Klemme. Der Bund übernahm die Betriebskosten für den Hamburger Bahnhof, die Finanzierung der Akademie der Künste und der Stiftung Deutsche Kinemathek. Der Berliner Landeshaushalt wurde somit um 22,2 Mio. Euro dauerhaft entlastet. Im Gegenzug verpflichtete sich Wowereit, die drei Opern unter der Trägerschaft der Opernstiftung in Berlin zu erhalten.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Michael Braun, betonte, dass „zunächst einmal nichts für mehr Arbeitsplätze weiter verbessern? Die SPD muss endlich von der Bremse gehen!

umstritten gewesen, auch wegen einer angeblichen Stasi-belastung. Jedoch hatte der rot-roten Senat auf seinen Kandidaten bestanden. Braun: „Seine einzige Aufgabe war es, die Kosten für die drei Opern um 16,8 Mio. auf 99 Mio. Euro bis 2009 zu reduzieren. Selbstverständlich sollte die Qualität der drei international höchst renommierten Häuser erhalten bleiben. Jeder Sachkundige wusste, dass dies die Quadratur des Kreises war. International herausragende Opernhäuser wie die Mailänder Scala oder die beiden Pariser Opern geben im Jahr ein Vielfaches dessen aus, was sich Berlin die drei Häuser zusammen kosten lässt. Dies hätte auch der inzwischen für kulturelle Angelegenheiten im Senat zuständige Herr Wowereit wissen können.“ Braun wies darauf hin, dass als die Absurdität seiner Ein-

sparvorgaben immer deutlicher geworden sei, Wowereit in die Offensive ging und das Konzept von Generaldirektor Schindhelm zerriss. „Dies geschah noch bevor es mit den Opernhäusern, erst recht in der Öffentlichkeit, diskutiert werden konnte. Sein grobes Vorgehen erstaunt selbst seine Freunde.“

Michael Braun: „Anstatt einzugestehen, dass drei

Senats.“ Braun verwies auf die 1,7 Prozent der Gesamtausgaben, die der rot-roten Senat gerade noch für die Berliner Kultur ausgabe. Für 2007 seien es 351 Mio. Euro. Der Bund finanziere Berliner Kultureinrichtungen jährlich mit 340 Mio. Euro. „Es ist daher völlig unverständlich wenn Herr Wowereit jetzt, anstatt seinen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Bund nachzukommen, dem Bund die Staatsoper vor die Füße werfen will“, sagt Braun.

Die CDU begrüßt, dass jetzt die drei Opernhäuser mit Herrn Schindhelm das erarbeitete Konzept prüfen wollen. Michael Braun: „Herr Wowereit sollte sich bis zu einem gefundenen Ergebnis zurückhalten. Das letzte was die Berliner Kulturpolitik braucht, ist ein gegenüber dem Bund oder den Berliner Kultureinrichtungen auftretender Wowereit, der sich mal trotzig, mal patzig zum Schaden für Berlin äußert.“



IN KÜRZE

Kein Buchverbot bei Aufklärung über DDR-Unrecht

Kritisch hat sich der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Wolfgang Börnsen mit dem Urteil des Berliner Landgerichts auf Verbot der Verbreitung des Buches „Deutsche Gerechtigkeit“ auseinandergesetzt. Die namentliche Nennung von Verantwortlichen für die Morde an der innerdeutschen Grenze und das Unrechtsregime der SED sei für die politische Kultur in Deutschland und die Gerechtigkeit gegenüber den Opfern unerlässlich.

Der Protest gegen das Urteil ist von namhaften Autoren, u.a. Walter Kempowski, Wolf Biermann und Ralf Giordano unterzeichnet.

Gert Pötering für Amt des Präsidenten des EP nominiert

Der langjährige Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Gert Pötering MdEP wurde einhellig von dieser als Kandidat für das Amt des Parlamentspräsidenten nominiert. „Alle nationalen Delegationsleiter waren sich in dieser Wahl einig“, berichtete der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion, João de Deus Pinheiro aus Portugal. Dies hat sich auch in dem spontanen Beifall widerspiegelt, der sofort durch meinen Vorschlag ausgelöst wurde.“

Die Wahl des neuen Parlamentspräsidenten wird am 16. Januar 2007 in Strassburg stattfinden.

Pankower CDU ist umgezogen

Ein neues Domizil hat die Kreisgeschäftsstelle der CDU Pankow bezogen: ab sofort ist sie in der Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin erreichbar. Die Telefon- (428 74 81) und Faxverbindungen (4280 6377) bleiben unverändert.